

VÖLKERMORD IN DARFUR

Hintergrundinformationen

Status 12. September 2007

VÖLKERMORD IN DARFUR DAUERT SEIT VIER JAHREN AN

Seit viereinhalb Jahren lässt die sudanesische Regierung große Teile der schwarzafrikanischen Bevölkerung Darfurs von arabischen Reitermilizen vertreiben; diese werden von der sudanesischen Armee und Luftwaffe unterstützt. Die GfbV schätzt, dass seit 2003 bis zu 400.000 Menschen in Darfur getötet wurden; über zwei Millionen Menschen wurden vertrieben, drei Millionen benötigen humanitäre Hilfe. Auch die Ende Juli 2007 verabschiedete UN-Resolution 1769 gibt bislang wenig Anlass zu Hoffnung auf einen schnellen Frieden in Darfur: Einige afrikanische Staaten haben zwar inzwischen zugesagt, Soldaten für die geplante, 26.000 Mann starke Friedenstruppe der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zu stellen; aufgrund finanzieller und logistischer Schwierigkeiten droht sich die Stationierung der gemeinsamen Friedenstruppe aber bis Frühjahr 2008 zu verzögern.

STREIT ÜBER ANZAHL DER TODESOPFER

Wie in vielen bewaffneten Konflikten, so ist es auch in Darfur unmöglich, eine exakte Zahl aller Opfer zu ermitteln, während die Kämpfe noch weiter anhalten. Erschwert werden diese Bemühungen von Menschenrechtlern und Journalisten durch eine Politik der Desinformation der sudanesischen Regierung. So wird ausländischen Journalisten systematisch die Einreise nach Darfur verweigert. Wer es trotzdem versucht, wird verhaftet. Auch sudanesischen Journalisten werden eingeschüchert und inhaftiert, wenn sie kritisch über die Lage in Darfur berichten. Seit die Vereinten Nationen im Jahr 2006 erstmals von 200.000 Opfern in Darfur sprachen, hat sich die humanitäre Lage immer mehr verschlechtert. Hunderttausende Menschen mussten seither fliehen, so dass nach unserer Einschätzung davon auszugehen ist, dass bis zu 400.000 Menschen zu Tode gekommen sind. Statt diese Zahl willkürlich in Frage zu stellen, sollte der Sudan endlich seine Grenzen öffnen, um unabhängigen internationalen Menschenrechtsexperten zu ermöglichen, das wahre Ausmaß des Genozids zu untersuchen.

WENIG HOFFNUNG AUF FRIEDEN

Es gibt wenig Hoffnung auf einen schnellen Frieden in Darfur. Im Oktober 2007 sollen erste Friedensverhandlungen beginnen, doch noch haben sich nicht alle Konfliktparteien zur Teilnahme an den Gesprächen bereit erklärt. Trotz eines Waffenembargos haben die sudanesischen Behörden neue Waffen in den Westen des Landes bringen lassen und schüren damit die Angst vor einer weiteren Eskalation der Gewalt. Zwar haben inzwischen einige afrikanische Staaten Soldaten für die geplante 26.000 Mann umfassende Friedenstruppe der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zugesagt, aber es fehlt noch an finanzieller und logistischer Unterstützung. Doch die Menschen in Darfur müssen noch weiter auf einen wirksamen Schutz warten, denn die gemeinsame Friedenstruppe soll frühestens im Frühjahr 2008 stationiert werden.

AUSWEITUNG AUF DEN TSCHAD UND DIE ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

Frankreich und Großbritannien setzen sich für einen sofortigen Waffenstillstand ein, doch die jüngste Ausweitung der militärischen Auseinandersetzungen auf die arabisch geprägte Nachbarregion Kordofan schürt die Angst vor einer weiteren Eskalation der Gewalt. In den letzten Monaten hatte sich der Krieg in Darfur bereits auf den Tschad und die Zentralafrikanische Republik ausgeweitet, wo inzwischen mehr als 400.000 Flüchtlinge versorgt und vor weiteren Übergriffen geschützt werden müssen. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union planen die Entsendung von 3.000 Polizisten und Soldaten zum Schutz der Flüchtlinge im Tschad, deren humanitäre Lage katastrophal ist.

VERSCHLECHTERUNG DER HUMANITÄREN SITUATION

Die humanitäre Situation in Darfur hat sich aufgrund des Beginns der Regenzeit und einer Zunahme von Übergriffen auf Helfer weiter verschlechtert. Auch in den Flüchtlingslagern kommt es immer häufiger zu Auseinandersetzungen, da die Vertriebenen immer hoffnungsloser werden. Eine Rückkehr in ihre alten Siedlungsgebiete ist angesichts der Gewalt unmöglich.

WEIGERUNG KHARTUMS ZUR ZUSAMMENARBEIT

Auch China übt nun mit seinem neu ernannten Sondergesandten für Darfur stärker Druck auf die sudanesische Regierung aus. Doch ungeachtet des Einlenkens Khartums bei der Friedenstruppe sind die sudanesischen Machthaber nicht zu einem Kurswechsel in ihrer Darfur-Politik bereit. So verweigert Khartum weiterhin jede Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof bei der Bestrafung der Verantwortlichen des Völkermordes. Neuen Unmut erzeugte die sudanesische Regierung Ende August 2007 mit einer Welle von Ausweisungen ausländischer Diplomaten sowie eines Mitarbeiters einer Hilfsorganisation.

